

*Dieser Artikel wurde in der Tageszeitung WORT vom 26. September 2015 veröffentlicht.*

## **Einkauf von Staat und Gemeinden:**

### **Ausbeutung im Süden mit staatlichen Geldern fördern?**

Zuerst die gute Nachricht: öffentliche Akteure können viel *fair* ändern. 2014 hat die luxemburgische Zentralbank mit einer Weltpremiere in Sachen faire Rohstoffbeschaffung Geschichte mit Vorbildcharakter geschrieben: die Goldmünze anlässlich der 175 Jahre Unabhängigkeit Luxemburgs wurde integral aus fairem Gold hergestellt. Mit 15 kg fair gehandeltem Gold hat Luxemburg im vergangenen Jahr einen Anteil von rund 60% des weltweit verarbeiteten fairen Goldes beigesteuert. Den beiden Bergbauarbeiterkooperativen in Peru hat dies zusätzlich zum garantierten Mindestpreis eine Fairtrade Prämie von 34.000 Euro eingebracht, die im Dienst einer Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der dortigen Minenarbeiter genutzt werden kann.

Luxemburg kann in Sachen faire Beschaffungspolitik ein Vorreiter sein und hat sich eigentlich in diesem Bereich eine Goldmedaille verdient. Dieses Einzelbeispiel eines öffentlichen Akteurs zeigt deutlich, was möglich ist.

Die Realpolitik der aktuellen Regierung – und der vorherigen – zeigt, was bislang unmöglich zu sein scheint: eine Kohärenz der verschiedenen Politikbereiche hinsichtlich einer konsequenten, nachhaltigen Einkaufspolitik. In der vorherigen Regierungserklärung sollte ein „verstärkter Einkauf von Produkten aus fairem Handel“ stattfinden, die aktuelle Regierungserklärung spricht von „Nachhaltigkeitschecks“ beim Einkauf von Produkten und Dienstleistungen.

Aber von einer voluntaristischen Einkaufspolitik sind wir in Luxemburg immer noch Lichtjahre entfernt. Wenn fair eingekauft wird, dann hat es mit dem Bewusstsein einzelner Politiker oder engagierter Beamten zu tun. Die Anwendung dieses Nachhaltigkeitskriteriums darf nicht auf einzelne PR-Aktionen reduziert werden. Eine kohärente Einkaufspolitik seitens des Staates sieht definitiv anders aus. Billigend wird weiterhin das Risiko in Kauf genommen, dass Ausbeutung in Afrika, Asien und Lateinamerika mit öffentlichen Geldern gefördert wird. 2013 nannten staatliche Stellen und Gemeinden bei einer „Umfrage“ folgende Gründe, weshalb kein Einkauf unter Berücksichtigung des Kriteriums des fairen Handels stattfand: Preis und Qualität der Produkte sowie bevorzugter Einkauf regionaler Produkte.

Wo bitte wächst denn hier in Luxemburg der Kaffee oder die Banane? Wieso werden Preisgründe angeführt, wenn man z.B. immer wieder Espressomaschinen in Verwaltungen, Ministerien und Gemeinden sieht, bei denen der Kilopreis der Kaffeekapseln zwischen 80 und 90 Euro beträgt und zudem die ökologische Bilanz dieser Aluminiumverpackungen kein Aushängeschild für Nachhaltigkeit ist?

Das Problem scheinen nicht Preis oder Regionalität zu sein, und auch die Qualität von Fairtrade Produkten lässt sich zeigen, wie vielerorts Blindteste und Auszeichnungen belegen.

Es hat vor allem mit mangelnder Kenntnis, Indifferenz und fehlendem Nachhaltigkeitsbewusstsein zu tun.

Die Auswirkungen, wenn „blind“ eingekauft wird, werden am aktuellen Beispiel einer Studie der Tulane Universität nur zu deutlich: *In Ghana und der Elfenbeinküste haben 2013/14 insgesamt rund 443.000 mehr Kinder im Kakaoanbau gearbeitet als fünf Jahre zuvor - und das, obwohl sich Schokoladenindustrie und Regierungen verpflichtet haben, Kinderarbeit in ihrer schlimmsten Form massiv einzudämmen. Dennoch verrichten neun von zehn Kindern auf den Plantagen gefährliche Arbeit.*

Wenn der – billigste – Preis allein den Ausschlag gibt, welches Produkt eingekauft wird, dann laufen Staat und Gemeinden Gefahr, mit ihren öffentlichen Einkäufen ausbeuterische Kinderarbeit und Ausbeutung von Plantagenarbeitern, Zwangsarbeit und andere unerwünschte „versteckte“ Zutaten aktiv mit einzukaufen. Das ist nicht gerade kohärent mit den kommenden nachhaltigen Entwicklungszielen, mit den Zielen der luxemburgischen Kooperationspolitik und mit den Menschenrechten, die auch beim öffentlichen Einkauf mit ins Spiel kommen. Die Glaubwürdigkeit in diesen Politikbereichen steht und fällt – auch – mit dem Produkteinkauf von Staat und Gemeinden.

Die Grenzen des „Comité interministeriel pour le développement“, das sich der Kohärenz annehmen soll, werden hier auch deutlich aufgezeigt. In diesem Comité wurde im vergangenen Jahr das Einkaufsverhalten von Staat und Gemeinden mittels der oben erwähnten Umfrage einmal thematisiert und definitiv abgehakt. Die Vertreter der verschiedenen Ministerien, die bei diesem Treffen dabei waren, wurden dann noch aufgefordert, eine faire Einkaufspolitik umzusetzen. Es wird über Kohärenzfragen diskutiert, aber mehr als unverbindliche Appelle kommen dabei nicht heraus. Außerdem passiert das Ganze ohne Sensibilisierungskampagne und ohne klare Zielvorgaben. Wie soll dies irgendeine Veränderung ermöglichen? Das bleibt schleierhaft und auch unverständlich.

Inwiefern die verschiedenen Minister und die eigentlichen Entscheidungsträger bei öffentlichen Einkäufen über diese Diskussionen in dem besagten Comité informiert werden, ist nicht bekannt. Öffentlicher Einkauf ist auch ein „politischer“ Vorgang, denn es geht um ein glaubwürdiges Zeichen einer fairen Handelspartnerschaft mit den benachteiligten Produzenten in den Ländern des Südens.

Eine EU Richtlinie zur öffentlichen Beschaffung, welche im Januar 2014 im europäischen Parlament verabschiedet wurde, sieht explizit vor, dass in öffentlichen Ausschreibungen Labels wie das FAIRTRADE Label als Kriterium berücksichtigt werden können. Auch Luxemburg muss diese Richtlinie bis im Frühjahr 2016 in nationales Recht umgesetzt haben. Hier bietet sich die Möglichkeit, endlich auch im Ministerium für nachhaltige Entwicklung Nägel mit Köpfen zu machen. Minister François Bausch ist in dieser Hinsicht gefordert, dem Anspruch des Regierungsprogrammes in Sachen „Nachhaltigkeitscheck“ gerecht zu werden.

Bislang aber konnten weder ein Regierungsprogramm noch ein „Europäisches Jahr für Entwicklung 2015“ eine grundlegende Veränderung bewirken. Wenn aber der Staat in Sachen gerechtere Wirtschaftsbeziehungen mit den Ländern des Südens seine „Einkaufshausaufgaben“ nicht erledigen kann, wie soll es dann erst auf internationaler Ebene in dieser Hinsicht aussehen, wenn Verteilungskämpfe zwischen Nord und Süd anstehen?

Freihandelsabkommen und die umstrittenen Economic Partnership Agreements zwischen der EU und den AKP-Staaten stehen auch im Zusammenhang mit dem Anspruch einer nachhaltigen Beschaffungs- und Handelspolitik. Kakaosklavenkinder und Menschen, die aufgrund mangelnder wirtschaftlicher Überlebenschancen aus ihren Ländern flüchten, sind dabei Boten einer ungerechten Weltwirtschaftsordnung. Gleichgültigkeit und (vermeintliche) Preisunterschiede beim Einkauf führen dazu, dass die ohnehin benachteiligten Bauern im Süden noch einmal bei öffentlichen Ausschreibungen ausgebootet werden.

Trotz eines Zusammenschlusses von Gewerkschaften, Umwelt- und Eine Welt-Organisationen im Jahr 2003 anlässlich des damaligen Gesetzprojektes zu öffentlichen Ausschreibungen besteht 12 Jahre später immer noch keine kohärente und verbindliche Einkaufspolitik. Im Oktober 2014 wurde einvernehmlich von allen Parteien in der Abgeordnetenversammlung eine faire Einkaufspolitik des hohen Hauses eingefordert. Bislang wurde noch nichts davon umgesetzt. Die staatlichen Mühlen mahlen diesbezüglich (zu) langsam...

Die Forderung ist klar: In den Bereichen, wo es Produkte des fairen Handels gibt, wie z.B. bestimmte Nahrungsmittel, Getränke oder Arbeitskleidung, soll das Kriterium des fairen Handels bei öffentlichen Ausschreibungen verbindlich und verpflichtend eingesetzt werden. Eine Reihe von Verwaltungen und Gemeinden hierzulande zeigen mit ihrer Einkaufspraxis ja bereits, dass es möglich ist.

Im 21. Jahrhundert gehören ökologische, soziale und ethische Kriterien in öffentliche Ausschreibungen!

Jean-Louis Zeien